

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Pfadi verliert das Spitzenspiel

Handball Auch acht Tore von Mustafa Hadj Sadok reichten nicht gegen Kadetten. **Seite 23**

Jodeln trainiert das Gedächtnis

Henggart Ein Jodler aus dem Weinland verrät seine Strategien. **Seite 7**

Der letzte Abend im Gotthard

Winterthur Geschäftsleiterin Katja Hoppe empfing viele Stammgäste. **Seite 5**



Nein zu höheren Parkgebühren wird nochmals ausgezählt

Winterthur Mit nur gerade 72 Stimmen Unterschied wurden die höheren Parkgebühren verworfen. Zu knapp: Der Stadtrat ordnet eine Nachzählung an.

Michael Graf

Das Endresultat war denkbar knapp: Mit 50,1 Prozent sagte die Winterthurer Bevölkerung Nein zur Reform der Gebührenverordnung über das Parkieren auf öffentlichem Grund. Die Kreise Alt-

stadt, Veltheim und Mattenbach stimmten dafür, die Kreise Seen, Oberwinterthur, Wülflingen und Töss dagegen. Am Ende gaben 72 Stimmen den Ausschlag.

Stadtpräsident Michael Künzle (Die Mitte) kündigte an, dass der Stadtrat angesichts dieses

knappen Resultats eine Nachzählung der Stimmen anordnen wird. Dies sieht auch das Gesetz so vor: Liegt der Anteil der Ja-Stimmen zwischen 49,8 und 50,2 Prozent, wird nachgezählt. Die Durchführung sollte diese oder nächste Woche möglich sein, so

Künzle. Offen ist zudem, ob die Abstimmung wegen einer Beschwerde ganz wiederholt wird.

Die übrigen zwei Parkiervorlagen zur blauen Zone und zum nächtlichen Parkieren wurden mit jeweils gut 56 Prozent Ja-Stimmen angenommen. **Seite 3**

Schweizer Stimmvolk sagt deutlich Ja zur Ehe für alle

Abstimmungen Ab Juli 2022 dürfen Schwule und Lesben auch in der Schweiz heiraten. 64,1 Prozent der Stimmberechtigten haben am gestrigen Sonntag Ja gesagt zur Ehe für alle.

Während es in der Stadt Winterthur mit wuchtigen 73,1 Prozent und auch im Umland deutliche Zustimmung gab, tanzten im ganzen Kanton Zürich nur drei Gemeinden aus der Reihe: Truttikon, Bauma und Bäretswil mit einem Nein-Anteil zwischen 50,1 und 52,5 Prozent. Auf Bezirks-

ebene lag der Ja-Anteil aber sowohl in Andelfingen wie in Pfäffikon bei über 60 Prozent.

Ein Nein gab es dagegen zur 99-Prozent-Initiative der Jusos. 64,9 Prozent der Stimmenden und alle Kantone lehnten das Begehren ab. Im Kanton Zürich waren es 64,4 Prozent. In der Stadt Winterthur gab es drei Kreise, die sie befürworteten (Altstadt, Veltheim und Mattenbach), und vier, die sie ablehnten. In Berg am Irchel lag der Nein-Anteil bei über 80 Prozent. (red) **Seite 7, 15, 16, 17**

Schulpräsidium direkt wählen

Hagenbuch In Hagenbuch wird sich auch künftig jemand als Präsident oder Präsidentin der Schulpflege zur Wahl stellen. Wie von der Schulpflege favorisiert, haben die Stimmberechtigten diese Variante der Gemeindeordnung deutlich bevorzugt. Der Gemeinderat hätte vom Stimmvolk neben dem Gemeindepräsidenten oder der Gemeindepräsidentin lieber fünf Mitglieder wählen lassen und dann selber bestimmt, wer das Schulpräsidium übernimmt. (pag) **Seite 7**

Kopf-an-Kopf-Rennen bei deutscher Bundestagswahl

Berlin Sowohl Olaf Scholz als auch Armin Laschet erheben Anspruch auf das Kanzleramt.



Die Sozialdemokraten feiern ihr Wahlergebnis und vor allem auch ihren Kanzlerkandidaten Olaf Scholz (Mitte). Foto: Steffi Loos (Getty Images)

Die Wahl des neuen Bundestags fiel so knapp aus, dass am späten Sonntagabend weder ganz sicher war, wer gewonnen hatte, noch, welche Partei den nächsten Kanzler stellen würde. Die Sozialdemokraten von Olaf Scholz lagen in den Hochrechnungen etwa eineinhalb Prozentpunkte vor der Union von Armin Laschet. Sollte

sich dieses Resultat bestätigen, wäre es erst das vierte Mal nach 1972, 1998 und 2002, dass die SPD bei einer Bundestagswahl mehr Stimmen erhält als die Union, die auf das schlechteste Resultat ihrer Geschichte abstürzte.

Die beiden Kanzlerkandidaten beanspruchten sogleich die Kanzlerschaft für ihre jeweilige

Partei. Scholz sprach davon, das Votum der Wählerinnen und Wähler sei doch «sehr eindeutig». Die Deutschen wollten einen Wechsel in der Regierung – und ihn, Olaf Scholz, als neuen Kanzler. Laschet begründete seinen Kanzleranspruch mit dem Wunsch der Deutschen, eine neue Regierung «aus der Mitte

des Bundestags» zu bilden. Dafür seien er und die Union die richtigen Kandidaten.

Scholz und Laschet werden nun also versuchen, die dritt- und die viertplatzierte Partei, Annalena Baerbocks Grüne und Christian Lindners FDP, für eine Koalition zu gewinnen, um Kanzler zu werden. (red) **Seite 18, 19**

Klares Ja zur neuen Verfassung

Winterthur Deutlich – mit 70 Prozent – haben die Winterthurer Stimmberechtigten Ja zur neuen Gemeindeordnung gesagt. Der strittigste Punkt darin war die Schulreform – eine davon war SVP-Stadtratskandidatin und Parteipräsidentin Maria Wegelin. Für andere nicht geimpfte Mitarbeitende stellt das Technorama Tests zur Verfügung, eine externe Firma wird diese durchführen. Aufgehoben wurde die Maskenpflicht für Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren. Diese hat das Technorama letzte Woche eingeführt, es handelte sich dabei aber um ein Missverständnis zwischen dem Museums-Verband und dem Bundesamt für Gesundheit. (gvb) **Seite 5**

Zertifikatspflicht im Technorama

Winterthur Das Technorama führt per Ende Woche die Zertifikatspflicht auch für Mitarbeitende ein. Das führte bereits zu zwei Kündigungen – eine davon war SVP-Stadtratskandidatin und Parteipräsidentin Maria Wegelin. Für andere nicht geimpfte Mitarbeitende stellt das Technorama Tests zur Verfügung, eine externe Firma wird diese durchführen. Aufgehoben wurde die Maskenpflicht für Jugendliche zwischen 12 und 16 Jahren. Diese hat das Technorama letzte Woche eingeführt, es handelte sich dabei aber um ein Missverständnis zwischen dem Museums-Verband und dem Bundesamt für Gesundheit. (gvb) **Seite 5**

Nicht alle Personen werden kontrolliert

Kloten Seit letzter Woche gelten Corona-bedingt neue Regeln bei der Einreise in die Schweiz, so auch am Flughafen Zürich. Reisende müssen ein Covid-Zertifikat bei sich haben und Einreiseformulare ausfüllen. Doch es werden nur «risikobasierte Stichprobenkontrollen» durchgeführt. Nach welchen Kriterien diese stattfinden, will die Kantonspolizei nicht sagen. (red) **Seite 8**

Hohe Ja-Anteile in der Region

Kommunale Abstimmungen In Brütten haben die Stimmberechtigten deutlich Ja gesagt zu einem Kredit von 1,8 Millionen Franken für die Erweiterung des Schulhauses Chapf. Auch die 3,6 Millionen für die Totalsanierung des Gemeindehauses in Rickenbach kamen an der Urne mühelos durch. Noch eindeutiger fielen die Resultate bei den Revisionen der Gemeindeordnung in Schlatt, Dägerlen, Pfungen und Ellikon an der Thur aus. (pag) **Seite 7**

Wetter

12° 20°
Ausgedehnte Wolken mit etwas Sonne.

Seite 14

Was Sie wo finden

| | |
|--------------|----|
| Geld & Recht | 10 |
| TV/Radio | 12 |
| Agenda | 13 |
| Rätsel | 13 |
| Sport | 22 |

| | |
|-----------------------|---|
| Eulach-/Fahrzeugmarkt | 6 |
| Veranstaltungen | 6 |



Höhere Parkgebühren knapp abgelehnt

Parkplatzvorlagen Hauchdünn haben die Winterthurer höhere Gebühren für das öffentliche Parkieren verworfen. Es wird zu einer Nachzählung kommen. Die anderen beiden Parkraumvorlagen wurden angenommen.

Jonas Keller

Um kurz nach drei Uhr schien die Sache gelaufen: Nach Seen und Wülflingen vermeldete auch Oberwinterthur ein Nein zur Gebührenverordnung. Dann kippte die Altstadt mit einem wichtigen Ja das Resultat fast wieder. So fehlten am Schluss nur noch 72 Stimmen für die Annahme – das ist so knapp, dass es zu einer Nachzählung kommen wird.

Mit der Gebührenverordnung würde das Parkieren in den Zentrumszonen und an Zielorten wie dem Bruderhaus teurer. Der Stadtrat könnte die Gebühren zudem in einem gewissen Band selbstständig anpassen. «Wir sind bei diesem Band offensichtlich zu weit gegangen», sagt die zuständige Stadträtin, Katrin Cometta (GLP). Sollte es beim jetzigen Resultat bleiben, werde man eine neue, mehrheitsfähige Lösung suchen, um die Gebühren anzupassen. Diese sind seit 1996 unverändert.

An Neuhegi gescheitert?

Für die Gegner der drei Vorlagen ist nun klar: «Die Bürger wollen keine übermässigen Gebühren», so Thomas Wolf (SVP). Man sei offen dafür, an einem Kompromiss mitzuarbeiten. Romana Heuberger (FDP) stellt aber bereits klar: «Die Gebührenhöhe ist eine politische Frage, über die der Gemeinderat entscheiden muss. Ein Gebührenband lehnen wir deshalb ab.»

Auf der Befürworterseite zeigt man sich ebenfalls gesprächsbereit. «Es ist nun unsere Aufgabe, gemeinsam eine bessere Lösung zu finden», sagt der grüne Gemeinderat Reto Diener. Felix Landolt (SP) sieht dabei neben der Höhe der Gebühren auch die Behandlung von Neuhegi als entscheidend an. Als Zentrumszone würden für Neuhegi höhere Gebühren gelten. «Das wird der momentanen Lage vor Ort wohl nicht gerecht», sagt Landolt.

Auch wenn es aktuell danach aussieht, dass die Gebührenverordnung mit 50,1 Prozent Nein-Stimmen gescheitert ist, spricht

Abstimmung vom 26. September Parkplatzvorlagen

Stadträtin Cometta am späten Sonntagnachmittag von einem Vertrauensbeweis durch die Bürgerinnen und Bürger. Denn die anderen beiden Vorlagen wurden mit jeweils 56 Prozent klar angenommen. «Die Winterthurer wollen die Herausforderung eines nachhaltigen und flüssigen Verkehrs angehen», so Cometta.

Nachweis ab Januar nötig

Durch die Vorlage zum Parkieren in der blauen Zone darf ab Januar nur noch dauerhaft öffentlich parkieren, wer nachweist, dass kein privater Parkplatz zur Verfügung steht. Die Gebühren sollen vorläufig nicht steigen, so das Versprechen des Stadtrats im Vorfeld.

Die Vorlage zum Nachtparkieren wiederum schreibt fest, dass Bewilligungen dafür nur noch auf Gesuch erteilt werden. In der Praxis wurde das bereits bisher so gehandhabt. Ebenfalls ab Januar soll das digitale Parkkartenportal verfügbar sein. Eine dazu nötige Änderung war in der Vorlage zum Parkieren in der blauen Zone enthalten.

Nachzählung obligatorisch

Die Nachzählung zur Gebührenverordnung wird der Stadtrat am kommenden Mittwoch formal veranlassen. Das definitive Resultat werde dann voraussichtlich innert einer Woche vorliegen, so Stadtpräsident Michael Künzle (Die Mitte). Eine Nachzählung ist vorgeschrieben, wenn das Resultat zwischen 49,8 und 50,2 Prozent liegt.

Ebenfalls noch offen ist der Entscheid des Bezirksrats zu einem Stimmrechtsrekurs der Mitte. Die Partei hatte die Informationen in den Abstimmungsunterlagen bemängelt. Wann der Entscheid über eine mögliche Wiederholung der Abstimmungen gefällt wird, ist noch offen.



Wie viel soll das Parkieren kosten? Die definitive Entscheidung dazu steht noch aus. Foto: Madeleine Schoder

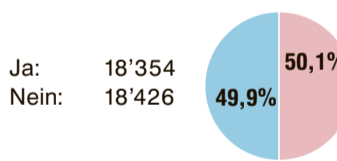
Abstimmungsergebnisse

| | Gebührenverordnung (VgP) | | | Blaue Zone (PBZ) | | | Nachtparkieren (NPV) | | |
|----------------|--------------------------|---------------|--------------|------------------|---------------|--------------|----------------------|---------------|--------------|
| | Ja | Nein | % JA | Ja | Nein | % JA | Ja | Nein | % JA |
| Winterthur | | | | | | | | | |
| Altstadt | 5'203 | 3'118 | 62,53 | 5'564 | 2'758 | 66,86 | 5'516 | 2'739 | 66,82 |
| Oberwinterthur | 3'300 | 3'676 | 47,31 | 3'788 | 3'178 | 54,38 | 3'787 | 3'144 | 54,64 |
| Seen | 2'671 | 4'147 | 39,18 | 3'207 | 3'609 | 47,05 | 3'229 | 3'544 | 47,67 |
| Töss | 1'160 | 1'526 | 43,19 | 1'394 | 1'278 | 52,17 | 1'381 | 1'290 | 51,70 |
| Veltheim | 2'248 | 1'578 | 58,76 | 2'370 | 1'440 | 62,20 | 2'400 | 1'397 | 63,21 |
| Wülflingen | 1'846 | 2'721 | 40,42 | 2'243 | 2'327 | 49,08 | 2'184 | 2'351 | 48,16 |
| Mattenbach | 1'926 | 1'660 | 53,71 | 2'085 | 1'496 | 58,22 | 2'085 | 1'483 | 58,44 |
| Total | 18'354 | 18'426 | 49,90 | 20'651 | 16'086 | 56,21 | 20'582 | 15'948 | 56,34 |

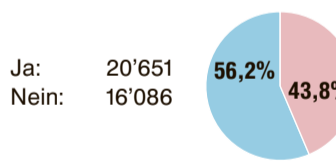
Grafik: da / Quelle: Stadt Winterthur

Die Resultate

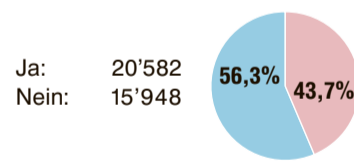
Gebührenverordnung (VgP)



Blaue Zone (PBZ)



Nachtparkieren (NPV)



Winterthur sagt Ja zur neuen Verfassung

Keine Kreisschulpflegen mehr Mit 70,1 Prozent hat das Stimmvolk die neue Gemeindeordnung deutlich angenommen.

Der Kreis Altstadt hat der neuen Gemeindeordnung mit fast 80 Prozent am deutlichsten zugestimmt. In Seen hatte es die Vorlage am schwersten. Doch auch dort haben 61,1 Prozent Ja gesagt. Die Stimmeteiligung lag bei 53,9 Prozent. Insgesamt sagten 25'352 Ja und 10'831 Nein.

Die Gemeindeordnung musste nach über 30 Jahren komplett überarbeitet werden, damit sie den kantonalen Vorgaben entspricht. Zu den wichtigsten Änderungen gehören die Neuorganisation der Schulbehörden und die Ausgabekompetenzen von Stadtrat und Parlament. Die neue Gemeindeordnung ist ein Kompromisswerk. Mit 47 zu 11 Stimmen sagte der Grosse Gemeinderat nach zwei langen Sitzungen Ja zur Vorlage.

Den Kompromiss strich auch Stadtpräsident Michael Künzle

Abstimmung vom 26. September Totalrevision der Gemeindeordnung

(Die Mitte) an der Medienkonferenz zu den Abstimmungen hervor: «Es war ein langer Prozess, ein partizipativer Prozess. Wir haben das im Stadtrat gut diskutiert und abgewogen.» Auch in der Kommission und im Parlament habe man Diskussionen geführt und auch da habe sich gezeigt: «Das Resultat ist erarbeitet worden und vermochte der Abstimmung standzuhalten.»

Am meisten zu reden gab die Schulreform. Ab Sommer 2022 wird es nicht mehr vier Kreisschulpflegen und eine Zentral-

schulpflege geben, sondern eine einzige städtische Schulpflege. Sie besteht aus dem Schulvorsteher – heute wäre das Jürg Altwegg (Grüne) – und sechs gewählten Schulpflegemitgliedern. Diese siebenköpfige Schulpflege bestimmt auch die vier «Leitungen Bildung», die künftigen Chefinnen und Chefs der Schulleitungen. Das vereinfacht die Führung und ermöglicht es, Schulthemen in der Stadt einheitlich anzugehen. Kritiker befürchteten dadurch weniger Nähe zur Schule.

Winterthur als Vorreiter?

Altwegg war gestern umso erfreuter über das deutliche Resultat. «Andere Städte haben gebannt auf Winterthur geschaut und werden sich nun überlegen, ob sie ihre Schulpflegen auch so organisieren können», sagte Altwegg.

Bei den Finanzkompetenzen des Stadtrates hatte es ebenfalls Kritik von der SVP gegeben. Der Stadtrat kann neu über Ausgaben bis zu einer Million Franken selber entscheiden. Danach kommt das Parlament zum Zug, und ab einer Grenze von acht

Millionen Franken muss das Stimmvolk befragt werden. Bisher lag diese Grenze bei fünf Millionen. Für das Stimmvolk heisst das: weniger Abstimmungen.

Neu haben auch Ausländerinnen und Ausländer sowie Jugendliche ein Mitspracherecht

erhalten. Sie können ihre Anliegen in Form eines Postulats ins Parlament bringen. Dafür brauchen Ausländerinnen und Ausländer 100 Unterschriften, Jugendliche 50.

Urs Glättli (GLP) vom Jakobitee war am Sonntag «hocherfreut» über das deutliche Resultat: «Winterthur wird neu, progressiv und durchdacht verfasst sein.» (ea)

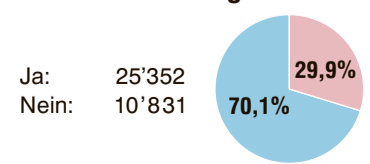
Abstimmungsergebnisse

| | Totalrevision der Gemeindeordnung | | |
|----------------|-----------------------------------|---------------|--------------|
| | Ja | Nein | % JA |
| Winterthur | | | |
| Altstadt | 6'556 | 1'661 | 79,80 |
| Oberwinterthur | 4'729 | 2'141 | 68,80 |
| Seen | 4'092 | 2'606 | 61,10 |
| Töss | 1'805 | 820 | 68,80 |
| Veltheim | 2'845 | 927 | 75,40 |
| Wülflingen | 2'824 | 1'658 | 63,00 |
| Mattenbach | 2'501 | 1'018 | 71,00 |
| Total | 25'352 | 10'831 | 70,10 |

Grafik: da / Quelle: Stadt Winterthur

Das Resultat

Totalrevision der Gemeindeordnung



Stimmeteiligung 53,94%



Michael Graf
Leiter Redaktion
Stadt Winterthur